

Setinský, Jiří

## **Die bürgerliche politische Ökonomie in der Tschechoslowakei und die Wirtschaftskrisen : (Zusammenfassung)**

In: *Teorie krizí v Československu*. Vyd. 1. V Praze: Státní pedagogické nakladatelství, 1964, pp. 169-180

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/119602>

Access Date: 06. 03. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

# DIE BÜRGERLICHE POLITISCHE ÖKONOMIE IN DER TSCHECHOSLOWAKEI UND DIE WIRTSCHAFTSKRISEN

(Zusammenfassung)

Das Ziel der Arbeit ist eine Analyse der Ansichten von bürgerlichen politischen Ökonomen in der Tschechoslowakei der dreissiger Jahre über die Wirtschaftskrisen sowie über die damit zusammenhängende Wirtschaftspolitik. Sowohl die Darlegungen als auch die Kritik dieser Ansichten erfolgt unter Berücksichtigung der Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie überhaupt.

Der Autor beschäftigt sich deshalb zuerst mit der Stellung der Krisentheorien in den verschiedenen Entwicklungsetappen der bürgerlichen politischen Ökonomie. Da alle Widersprüche der Reproduktion des Kapitals in den Krisen gipfeln, war die bürgerliche politische Ökonomie nie in der Lage, eine wirklich wissenschaftliche Theorie der Krise darzubieten. Die bürgerlichen Ökonomen bemühten sich beständig, die wahre Ursache der Krisen und ihr Wesen zu vertuschen. In ihrer Stellungnahme zum Krisenproblem sind jedoch zwei Etappen bemerkbar, wobei die allgemeine Krise des Kapitalismus, bzw. die Krise der Jahre 1929—33 als Grenze zu betrachten ist.

Vor dem Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde die Krise von der bürgerlichen politischen Ökonomie praktisch als blosses Randproblem behandelt. Ganz deutlich kommt dies in den grossen synthetischen Abhandlungen zum Vorschein, die von der Krise manchmal sogar abstrahieren. Die Untersuchung geht hier nämlich von einem wirtschaftlichen Gleichgewicht aus, das als der normale Zustand, die Krise dagegen als eine Abnormalität, eine Gleichgewichtsstörung betrachtet wird. Diese Gleichgewichtstheorie stand in Verbindung mit dem Marginalprinzip, wonach jedem Produktionsfaktor im Gleichgewicht das zuteil wird, was ihm je nach seinem Grenznutzen oder Grenzproduktivität gebührt. Vorausgesetzt es gäbe ein freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, kommt dieses Gleichgewicht immer zustande. Diese Theorie stützte sich weiter auf Say's Marktgesetz und hielt deswegen eine allgemeine Überproduktion für ausgeschlossen.

Diese Krise wurde unter diesen Umständen hauptsächlich in monographischen Abhandlungen untersucht, die meistens die einzelnen und schwächeren Seiten der klassischen Theorie widerspiegeln (wir z. B. die Unterkonsumtionstheorie die Ansichten von Sismondi).

Das Ende des XIX. Jahrhunderts bedeutet die Entstehung der Monopole. Die bürgerlichen Ökonomen sowie die Revisionisten nutzen sie in ihren Krisentheorien aus, indem sie sie als Elemente der Planmässigkeit und Organisiertheit innerhalb des Kapitalismus darstellen. Auf diese Weise soll die Krisengefahr beseitigt oder zumindest herabgesetzt werden. Die bürgerlichen Ökonomen ignorieren dabei den Umstand, dass die Monopole ein Hinderniss für den freien Wettbewerb sind, in dem die bürgerlichen Ökonomen andererseits eine Bürgerschaft einer schnellen Überwindung der Krisen erblickten.

Die Ursache, warum in dieser Zeit den Krisen ziemlich kleine Aufmerksamkeit geschenkt wurde, dürfte in folgender Tatsache liegen: Die Krisen verliefen zu dieser Zeit zwar scharf, jedoch nicht gefährlich für den Kapitalismus, der sich eines ansehnlichen wirtschaftlichen Aufstieges erfreute. Der Reformismus wirkte aufs Abflauen des Klassenkampfes ein. Im Ganzen stellten die Krisen in dieser Zeit keine politische Gefahr für den Kapitalismus dar.

Vor dem Jahre 1914 entstanden einige Krisentheorien, die im folgenden in der bürgerlichen politischen Ökonomie an grosser Bedeutung gewannen. Es sind die Theorien von Schumpeter, Aftalion, Spiethoff und Mitchell. Alle weisen sowohl auf die wirklichen Seiten der kapitalistischen Reproduktion hin als auch auf bedeutende Disproportionen, die dabei entstehen. Diese Theorien leugneten zwar die allgemeine Überproduktion nicht, sie führten jedoch diese auf die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse zurück. Dadurch verschleierten sie den Ausbeutungscharakter des Kapitalismus. Bei Mitchell handelte es sich obendrein eigentlich nicht um eine Krisentheorie, sondern um eine Beschreibung des Konjunkturzyklus.

In der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wo sich seine Widersprüche stark zuspitzen und wo die Labilität des Kapitalismus ausgeprägt in Erscheinung tritt, wird im Gegenteil die Problematik der Krise hervorgehoben. Besonders deutlich ist es in den dreissiger Jahren. Die bürgerlichen Ökonomen wählen jetzt eine andere Methode. Sie geben verschiedene Widersprüche und Schattenseiten des Kapitalismus zu, betonen aber, dass sie in seinem Rahmen überwunden werden können. In diesem Sinne konstruieren sie auch ihre Antikrisenprogramme.

Die theoretische Grundlage dieses Prozesses, der als „Revolution“ in der bürgerlichen politischen Ökonomie bezeichnet wird, ist die Theorie von J. M. Keynes und die Theorie der Stockholmer Schule. Beide Richtungen gehen von den vorwiegend depressiven Tendenzen der ersten Etappe der allgemeinen Krise und von der Tatsache der chronischen Arbeitslosigkeit aus. Sie lehnen sich die alten bürgerlichen Theorien restlos ab, sondern sie bemühen sich um ihre Vervollkommung und Anpassung den neuen Umständen.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit diesen Theorien zeigt der Autor, dass beide Richtungen die wirtschaftliche Funktion des bürgerlichen Staats be-

tonen. Dadurch sind sie zu einer theoretischen Grundlage des Staatsmonopolismus geworden. Gleichzeitig dienten sie auch theoretisch den Rechtssozialisten die jedoch die staatsmonopolistischen Massnahmen als Elemente des Sozialismus bezeichnen, die innerhalb des Kapitalismus entstehen.

Der Autor überlegt dann das weitere Vorgehen seiner Arbeit. Er geht von dem Standpunkt aus, das in der ganzen Krisenproblematik nach wie vor der Beziehung zwischen dem wirtschaftlichen Gleichgewicht und der Krise eine grosse Bedeutung zukommt. Deswegen beginnt er seine Darlegungen mit der Kritik der Brünner ökonomischen Schule, die in der tschechischen bürgerlichen politischen Ökonomie die Gleichgewichtstheorie am ausführlichsten ausgearbeitet hat. Weiter setzt er sich systematisch mit anderen Krisentheorien auseinander- wobei er auf ihre Verwandtschaft mit den allgemeinen Strömungen des wirtschaftlichen Denkens hinweist.

Es erhebt sich jedoch auch eine andere Frage. Im Zusammenhang mit der Krise der Jahre 1929—1933 konzentrierte sich ein ungewöhnliches Interesse auf die Krisenproblematik auch in dem Sinne, dass die eben verlaufende Krise ausführlich untersucht und ihre spezifische Ursache als auch effektive Antikrisenpolitik gesucht wurden.

Es ist deshalb zweckmässig die Krisentheorien in der Tschechischen und slowakischen bürgerlichen ökonomischen Theorie getrennt zu behandeln: erst die Theorien im allgemeinen und dann spezifisch die Problematik der Krise in den Jahren 1929—33 zusammen mit der Kritik der von den bürgerlichen Ökonomen empfohlenen Wirtschaftspolitik.

Die Darlegung fängt also mit der Kritik der Gleichgewichtstheorie und der Krise an, wie sie von der Brünner ökonomischen Schule aufgefasst wurde. Zu dieser Schule gehörten besonders Engliš, Chytil (beide waren Professoren an der Brünner Universität) und Karvaš. Die Konzeption dieser Schule war in der Tschechoslowakei sehr einflussreich sowohl theoretisch als auch praktisch, weil ihr Haupt, prof. Engliš, mehrmals Finanzminister und Gouverneur der Nationalbank war.

Die Brünner Schule ging von der Annahme aus, dass der kapitalistischen Wirtschaft eine natürliche Tendenz zum Gleichgewicht innewohnt, das sich auf ein System von Gleichgewichtspreisen der Güter, der Arbeit und des Kapitals stützt. Diese Preise garantieren also das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot. Dadurch wird eine Gleichgewichtsordnung zwischen einzelnen Erzeugungs- und Verbrauchseinheiten aufrechterhalten. Der Devisenmarkt garantiert dann die Gleichgewichtsordnung im zwischenstaatlichen Verkehr.

Diese Schule betrachtet dann jede Gleichgewichtsstörung als Krise. Man dürfe nicht, heisst es, die Krise nur mit niedrigen Niveau der wirtschaftlichen Aktivität identifizieren. Das Gleichgewicht sei nämlich auch bei niedriger Aktivität möglich. Auch ein Übergang zur höheren Aktivität bedeute eigentlich eine Krise.

Ferner lehnete diese Schule die Ansicht ab, dass die Krise auf eine einzige Ursache zurückzuführen wäre. Das Gleichgewicht könne aus verschiedenen Gründen gestört werden. Es ist unmöglich, heisst es, die Ursache einer Krise überhaupt zu suchen, ebensowenig wie die Medizin keine Ursache der Krankheit überhaupt sucht. Es ist aber möglich, die Krisen je nach den hauptsächlichen Gleichgewichtsstörungen folgendermassen zu klassifizieren: a) Deflationskrisen, b) Überproduktionskrisen, c) Rationalisierungskrisen.

Die Theorie der Brünner Schule ist in höchstem Masse Unwissenschaftlich und apologetisch. Ihre Ansicht, die Krise bedeute eine Gleichgewichtsstörung, ist falsch. In Wirklichkeit beseitigt die Krise die im Laufe des Reproduktionsprozesses entstandenen Disproportionen. Man kann also sagen, dass sie das gestörte Gleichgewicht eigentlich wiederherstellt. Wenn aber als Krise jede Gleichgewichtsabweichung, ganz gleichgültig ob nach oben oder nach unten, betrachtet wird, dann verliert der Begriff Krise den Sinn, der ihm normalerweise in der kapitalistischen Ökonomik beigelegt wird. Er ist zermürbt und vernebelt. Dies ist aber eben das Ziel dieser apologetischen Theorie.

Die Theorie besagt weiter, das Gleichgewicht bestehe nur als Tendenz, während sich die Preise fortwährend in Bewegung befinden, indem sie ihr Gleichgewichtsniveau zu erreichen suchen. Demgemäss würde sich die kapitalistische Wirtschaft dauerhaft im Krisenzustand befinden. Das entspricht aber nicht der Wahrheit.

Die Brünner Schule behauptet, dass das Gleichgewicht auch bei niedriger Aktivitätsstufe möglich ist. Das ist unrichtig. Nach der Theorie ist das Gleichgewicht durch Gleichheit der Nachfrage und des Angebots auf dem Güter-, Arbeits- und Kapital-Markt bedingt. Bei niedriger Aktivitätsstufe ist aber dies auf dem Arbeitsmarkt nicht möglich. Es ist undenkbar, dass bei niedriger Aktivitätsstufe, mit der auch hohe Arbeitslosigkeit verbunden ist, bei niedrigen Löhnen das Angebot an Arbeitskräften sinkt. Auf diese Weise wird die Falschheit dieser Konzeption des Gleichgewichts und der Krise enthüllt, die die Aufmerksamkeit von den Widersprüchen des Kapitalismus als von wirklichen Krisenursachen abwenden wollte. In Wirklichkeit gelang es ihr aber, bloss den Verfall des ökonomischen Denkens dieser repräsentativen Richtung der bürgerlichen politischen Ökonomie nachzuweisen.

Die Theorie der Brünner Schule weist alle für die vulgare politische Ökonomie charakteristischen Merkmale auf. Sie hat keine Lust, zwischen dem Wesen und der Erscheinung zu unterscheiden. Sie trennt das Besondere von dem Allgemeinen, bläht es auf und absolutisiert es. Das alles sind die Methoden, mit denen die bürgerliche politische Ökonomie das Wesen der kapitalistischen Ordnung und seine Widersprüche vertuschen will. Die Theorie der Brünner Schule beweist es unzweideutig. Ihre Grundlehre ist die These von der Pluralität der Krisen-

ursachen. Eben diese Konzeption unterscheidet nicht das Wesen von der Erscheinung. Jede Krise ist ein komplizierter und reichhaltiger Prozess, der vielseitig in verschiedenen Gliedern des Reproduktionsprozesses in Erscheinung tritt. Der ganze kapitalistische Reproduktionsprozess entwickelt sich in einer ununterbrochenen Lösung von antagonistischen Widersprüchen, die in verschiedenen Gliedern des Reproduktionsprozesses entstehen. Von Zeit zu Zeit führen sie zur Krise, die die entstandenen Disproportionen beseitigt. Diese Tatsachen wirken jedoch nicht primär. Sie wurzeln im kapitalistischen System, sie sind von seinem Grundwiderspruch abgeleitet, von dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung.

Die Brünner Schule ignoriert jedoch diese Tatsachen und betrachtet einzelne besondere Erscheinungen des Grundwiderspruchs des Kapitalismus als selbständige, voneinander unabhängige Krisenursachen. Ihre Theorie der Pluralität der selbständigen Krisenursachen dient der Klassenfunktion dieser Theorie — der Verschleierung des Wesens der Krisen und der Verneinung ihres objektiven Zusammenhanges mit dem Kapitalismus.

Auf die Gleichgewichtstheorie stützte sich auch die Krisentheorie Prof. Mildschuh's, der die Krise auch als Gleichgewichtsstörung ansah. Den Zyklus motivierte er jedoch psychologisch → als Ergebnis des abwechselnden Optimismus und Pesimismus. Scheinbar fasste Mildschuh den Zyklus als ein dem Kapitalismus immanentes Bewegungsgesetz auf, die Ursachen dieser Bewegung leitete er jedoch von der Psychologie ab, also letzten Endes von Umständen, die sich ausserhalb des Wirtschaftssystems befinden. Er vermied die Tatsache, dass die Psychik selbst von ausseren objektiven Umständen bestimmt wird, wie sie sich auf Grund der Einwirkung von ausseren, objektiven Gesetzen gestalten.

Mildschuh schuf jedoch für den Zyklus der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine Sondertheorie. Seiner Meinung nach handelte es sich hier um eine Kreditdeflation, die durch Währungsreformen und durch Stabilisierung der Nationalwirtschaften der einzelnen Staaten verursacht wurde. Solche Deflationen, so heisst es, entstehen immer nach grossen Kriegen, zum erstenmal schon nach den napoleonischen Kriegen. Die Staaten bemühen sich die Stabilisierung ihrer Staatsfinanzen herbeizuführen und bezahlen ihre Schulden. Daraus resultierten Deflationsdruck, Preissenkungen, Verschlechterung der Lage der Schuldner. Daraus entstehen ernste Schwierigkeiten für die Wirtschaft, die bisher auf Preiserhöhungen eingestellt war. Zuletzt leugnet also Mildschuh die Existenz eines dem Kapitalismus immanenten Zyklus für die Jahre 1918—1938 und reduziert ihn auf Kreditbewegungen. Den Zusammenhang der Krise der Jahre 1929—1933 mit dem Kapitalismus stellt er sogar ausdrücklich in Abrede.

Zu unrecht vergleicht Mildschuh die Wirkungen der napoleonischen Kriegen mit den Einwirkungen des ersten Weltkrieges. Im ersten Falle war der Kapitalismus im Begriff, seinen ersten Aufschwung durchzumachen, bzw. er steckte erst

in den allerersten Anfängen. Im zweiten Falle waren jedoch Voraussetzungen seines Unterganges vorhanden.

Als Antikrisenmassnahme schlug Mildschuh die Inflation vor. Tatsächlich wurde auch solche Politik durchgeführt, z. B. in USA und anderswo. Aber auch in diesen Ländern hatte die Krise einen ausserordentlich schweren Verlauf. Dar- aus geht hervor, dass die Krise mit Hilfe der Inflation nicht bewältigt werden konnte.

Der Mildschuhschen Theorie wohnt ein tiefer Widerspruch inne. Einmal be- zeichnet sie die Krisen der Jahre 1920—21 und 1929—33 als periodische Über- produktionskrisen, zum andern als spezifische Folgen des ersten Weltkrieges, genauer gesagt als Ergebnis der Bestrebungen um die Stabilisierung der Staats- wirtschaft und der Währungsreform. Einmal wird also die Krise als eine objek- tive Erscheinung dargestellt, ein andermal als ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik, also als ein Ergebnis der bewussten Tätigkeit. Die Ursache dieser Widersprüche in Mildschuh's Ansichten liegt darin: Unter gegebenen Wirtschaftsumständen, die auch starke politische Spannung hervorriefen, wagte er es nicht, die Krise ein- deutig als eine für den Kapitalismus gesetzmässige Erscheinung zu betrachten, sondern er bemühte sich, eine Erläuterung, die mit den kapitalistischen Grund- zätzen in Einklang wäre zu bringen.

Die Ansichten der Ökonomen mit Engliß an der Spitze wurden von Engliß's Kollegen an der Brünner Fakultät, Prof. Loevenstein, kritisiert, der von einer Grundursachen der Krisen ausging. Er erblickte diese Grundursache in der dyna- mischen Ungleichheit, die im Kapitalismus auf die Rationalisierung zurückzu- führen ist. Diese ersetzt die Arbeiter durch Maschinen und scheidet sie also aus dem Produktionsprozess aus. Auf diese Weise entstehen Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste. Infolge dessen sah Loevenstein als Hauptmittel der Krisen- bekämpfung eine Dämpfung dieser ungünstigen Folgen des Rationalisierungs- prozesses an. Er empfahl öffentliche Arbeiten, die von der Besteuerung der Rationalisierungersparnisse finanziert würden. Ausserdem befürwortete er sogar eine Dämpfung der Rationalisierung.

Loevenstein fürchtete es nicht, auf innere Widersprüche des Kapitalismus öffentlich hinzuweisen. Er meinte sogar, dass die Rationalisierung zu einer Auf- lösung des Kapitalismus führen würden, wenn keine effektiven Massnahmen ge- trifft wurden.

Loevenstein zielte eigentlich auf eine Verschiebung eines Teiles des Mehr- werts in den Staatshaushalt ab, wodurch jene dynamische Ungleichheit beseitigt würde. Wenn das gelingt, dann gibt es für die Entwicklung des Kapitalismus kein Hindernis mehr, sagt er. Loevenstein glaubte also, dass es möglich sei, die Krise zu beseitigen ohne dass das kapitalistische Privateigentum angetastet würde. Er übersah, jedoch, dass die Verteilung von den Eigentumsformen der Produktions- mittel abhängig ist und dass sie unabhängig davon nicht verändert werden kann.

Loevenstein's dynamische Ungleichheit erinnert an Marx's allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Allerdings war Loevenstein kein Marxist. Sein Ideenvater war Sismondi. Was die Ansichten über die Einwirkungen der Maschinen, oder das Problem der Marktverengung, oder die Regulierung der Einführung neuer Technik durch den Staat betrifft, überall spricht Loevenstein Sismondi's Sprache. Aber allerdings war Sismondi nicht in der Lage soziale Folgen der kapitalistischen Widersprüche zu Ende zu denken und sah rückwärts. Loevenstein erkannte diese Folgen dagegen nur zu gut und begriff ihre Bedeutung für den Kapitalismus. Als bürgerlicher Ökonom suchte er begrifflicher Weise die Lösung im Rahmen des Kapitalismus zu erreichen. Darin blieb auch seine Kritik stecken und deswegen führte sie zu den gleichen reaktionären Schlussfolgerungen wie seinerzeit Sismondi's Kritik.

In der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wo es zu einer ungewöhnlichen Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus kam, fanden sich die Rechtssozialisten vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Einerseits konnte sie diese Widersprüche nicht leugnen, andererseits mussten sie sowohl auf die Möglichkeit einer friedlichen Lösung dieser Widersprüche hinweisen, als auch auf die Möglichkeit tiefer Reformen des Kapitalismus, für den sie Partei ergriffen hatten.

Dies trat besonders in den Jahren 1929—1933 zutage. Die Rechtssozialisten kommen zwar mit einer scharfen Kritik des Kapitalismus, aber ihre Kritik ist konstruktiv und zielt auf eine Reform des Kapitalismus ab. Deswegen vertuschen die Rechtssozialisten die objektiven Widersprüche des Kapitalismus als wahre Krisenursachen und betonen die subjektiven Fehler, Mängel der menschlichen Natur und Unwissenheit als Krisenursachen. Sie wollen beweisen, dass es möglich ist durch höhere Bildung und vernünftige Politik (die an den Grundlagen des Kapitalismus allerdings nicht rütteln wurde) eine gründliche Reform des Kapitalismus zu erwirken. So argumentiert z. B. Macek. Nebesář bezeichnet eine Überlastung des Industriekapitals durch Rentieransprüche als Krisenursache, das ist in erster Linie durch Kreditansprüche des Bankkapitals. Nach Nebesář liegt also die Krisenursache nicht in dem Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital, sondern in dem Gegensatz zwischen dem Bank — und dem Industriekapital, wobei die Existenz des für den gegenwärtigen Kapitalismus typischen Finanzkapitals bestritten wird.

Die Krise der Jahre 1929—33 schuf eine Situation, in der es sich die bürgerlichen Ökonomen nicht leisten konnten, sich bloss in abstrakten Theorien zu ergehen. Die Bourgeoisie fühlte sich so bedroht, dass sie auch konkrete Vorschläge zur Überwindung der Krise fühlte. Diese gingen gewöhnlich von der Analyse der gegebenen Krise aus. Deswegen ist es notwendig, auch den besonderen Krisentheorien als auch der Wirtschaftspolitik, die auf ihrer Grundlage durchgeführt werden sollte, Rechnung zu tragen. Zuerst müssen aber kurz die Besonderheiten der Krise 1929—33 besprochen werden.

Der Autor zeigt, dass es sich um normale zyklische Krise handelte, die aber von den Widersprüchen als Imperialismus viel mehr als die Vorkriegskrisen gekennzeichnet wurde. Daher rührt auch ihre Tiefe her. Auch die Einwirkungen des Krieges hatten damit zu tun. Sie führten zu einer Labilität des Währungs- und des Kreditssystems, zu Strukturerscheinungen, die in der Weltproduktion entstanden, weil der langjährige Krieg alte Marktverbindungen zerriss.

Einen ausserordentlich schweren Verlauf nahm die Krise in der Tschechoslowakei. Die Ursachen waren: 1. scharfe Agrarkrise, der in dem ganzen Krisenprozess ein grosses Gewicht zukam, 2. grosse Abhängigkeit von der Ausfuhr bei mehreren Industriezweigen, die auf den Märkten schlechte Absatzmöglichkeiten fanden (Textil, Glassware, Keramik), 3. ein ziemlich niedriges Lebensniveau der Arbeiterklasse schon vor der Krise und deshalb auch ein ziemlich enger innerer Markt.

Die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Krisentheorien der Jahre 1929—33 gingen meistens von einzelnen Teilaspekten dieser Krise aus. Eine Zentralstellung nahm die Theorie des Hauptes der Brünner Schule — Prof. Engliš und die Polemik mit dieser Theorie, ein.

Engliš hielt diese Krise für eine Folge der Golddeflation, die durch die Wiederherstellung der Goldwährung in führenden kapitalistischen Ländern hervorgeufen wurde. Darauf sei eine Kreditrestriktion zurückzuführen, mit der auch ein Druck auf die Preise verbunden war. Unter diesen Umständen war nach Engliš die Krise nur durch schnelle Preis- und Kostensenkungen zu überwinden, die Löhne allerdings mit eingeschlossen.

Engliš's Theorie war aus mehreren Gründen irrtümlich: 1. Die Grosshandelspreise waren in kapitalistischen Ländern schon in der Periode des Aufstiegs und der Prosperität im Sinken begriffen infolge der Stabilisierung der Staatsfinanzen und der Rationalisierung. 2. Die Krise brach zuerst in den USA aus, wo von einem Goldmangel und von einer Verwertung des Goldes keine Rede sein konnte. 3. Die Krise begann keinesfalls als eine ausgedehnte Kreditkrise, wie es der Theorie der Golddeflation gemäss der Fall sein sollte. Es bestand auch kein allgemein hoher Zins und Mangel an Leihkapital, sondern nur vereinzelt in den einzelnen Krisenetappen.

Engliš's Theorie der Golddeflation verfolgte ein bestimmtes Ziel. Sie wollte einen Gegensatz zwischen dem Industrie und dem Bankkapital zu konstruieren. Und dieser Gegensatz sollte dann anstatt des Ausbeutungscharakters des Kapitalismus als die wahre Ursache der Krise präsentiert werden.

Engliš's Theorie wurde von der Bourgeoisie meistens mit der Begründung abgelehnt, sie vereinfache zu sehr die Probleme die zur ausserordentlichen Krisenverschärfung führten. Dies war z. B. die Ansicht der Repräsentanten der Finanzgruppe der Živnobanka. Diese Leute suchten die Ursache hauptsächlich in der Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft, die durch den Krieg ver-

ursacht wurden. Sie wendeten sich gegen Engliß's Theorie auch deshalb, weil sie ihrer Ansicht nach gegen die Goldwährung einen Widerstand hervorrief und dieses Geldsystem betrachteten sie als eine Garantie der Währungsstabilität. Ihrer Meinung nach stellte somit Engliß praktisch Argumente für die Inflation zur Verfügung.

Andererseits stimmten diese Repräsentanten des Finanzkapitals der Politik zu, die Engliß auf Grund seiner Theorie empfahl, denn diese Politik entsprach auch ihren Interessen. Das wird später nochmals besprochen werden.

Die währungspolitischen Probleme werden auch von den Rechtssozialisten hervorgehoben. Macek, einer der wichtigsten Repräsentanten des Opportunismus, hielt die Goldwährung für die Ursache der Krise und trat heftig für ihre Abschaffung ein. Dadurch unterschied er sich von Engliß, der dieser Massnahme nicht geneigt war. Ferner führten die Rechtssozialisten handelspolitische Umstände als Krisenursachen an, das heisst verschiedene Hindernisse des Aussenhandels und die Einwirkungen der Monopole, die die Krisen verschärften, indem sie an der Beibehaltung hoher Preise bestanden.

Die Sozialdemokraten vertraten die Meinung, dass die Krisen ohne ausge dehnte Staatsintervention nicht zu überwinden sind. Sie befürworteten grosse Investitionen, die durch inflatorischen Kredit zulasten der Staatshaushaltsdefizite finanziert werden sollten. Hiemit fanden sie also bei Keynes und bei der Stockholmer Schule ihre Inspiration. Ihre Vorschläge hinsichtlich dieser inflatorischen Antikrisenpolitik wurden jedoch von den massgebenden Gruppen des Finanzkapitals abgelehnt.

Die Rechtssozialisten konnten der Deflationstheorie von Engliß nicht zustimmen, weil aus dieser auch die Notwendigkeit von Lohnsenkungen resultierte. Sie brauchten eine Theorie, die völlig auf dem Boden des Kapitalismus bliebe, dabei jedoch Argumente für die Abschaffung der Krisen im Rahmen des Kapitalismus oder wenigstens für ihre Milderung bieten würde und ausserdem die Arbeiterklasse von der Möglichkeit eines friedlichen Hineinwachsens des Sozialismus in den Kapitalismus überzeugen könnte.

Diesen Bedürfnissen entsprachen die Ansichten von Macek und seinen Parteigangern (Pistorius, Nečas, Maiwald, Nebesár), die zu einer offiziellen Linie der Sozialdemokratie wurden. Ihr Antikrisenprogramm verlangte zwar öffentliche Investitionen, wollte aber den Privatunternehmen nicht konkurrieren. Er rief nicht nach Beschränkung des Privateigentums. Trotzdem identifizierten die Sozialdemokraten diese Politik mit einer stufenweisen Sozialisierung, denn sie hielten jeden Eingriff des Staates in die Wirtschaft für ein Element des Sozialismus ohne Berücksichtigung des Klassencharakters des Staates.

Die Sozialdemokraten kritisierten die Monopole. Es handelte sich aber dabei um eine Kritik kleinbürgerlichen Charakters, denn sie traten praktisch für den Schutz der kleineren kapitalistischen Unternehmer ein. Soweit sie aber die Aus-

nützung des Einflusses des Staates auf die Wirtschaft verlangten, handelte es sich bei dem heutigen Charakter des bürgerlichen Staates um nichts anderes als um Anforderungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Beachtenswert ist die Tatsache, dass die Vorschläge der Sozialdemokraten nach dem zweiten Weltkrieg zu einem permanenten Bestandteil der Wirtschaftspolitik wohl in allen bürgerlichen Staaten wurden. Objektiv unterstützten also die Sozialdemokraten besonders die monopolistische Bourgeoisie, auch wenn diese ihre theoretische Unterstützung ablehnte.

Englisch's theoretische Konzeption fand auch bei den Vertretern der anderen Rechtssozialistischen Partei eine ablehnende Kritik — nämlich bei den Vertretern der Nationalsozialistischen Partei. Ihr Repräsentant Hejda hielt die Krise der Jahre 1929—33 für eine Strukturkrise, die hauptsächlich durch den Krieg verursacht wurde. Er betonte auch, dass die Monopole die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus geschwächt hatten. Seiner Meinung nach hatte sich der Liberalismus überlebt und hielt den Übergang zu einer planmässigen Organisation der Wirtschaft für notwendig.

Als Rechtssozialist wollte Hejda in der Krise keinen Beweis von der Überlebensfähigkeit des Kapitalismus überhaupt sehen. Er behauptete sogar, diese Krise sei ein notwendiges Stadium im Übergangsprozess zu einer neuen, höheren Entwicklungsstufe des Kapitalismus gewesen, die auch eine wirtschaftliche Demokratie mit sich bringen würde. Damit wurde Hejda zum Propheten der „Transformation“ des Kapitalismus und der Theorie des „Volkskapitalismus“ in der Tschechoslowakei. Zynisch in höchstem Masse war es aber, wenn er gerade während der Krise den Arbeitern von Augen führen wollte, dass sie eigentlich an der ersten Stufe des Sozialismus stünden.

Hejda's Anforderung der Planwirtschaft bedeutete praktisch auch eine staatsmonopolistische Forderung. Hejda trat zwar gegen die Monopole (z. B. die Kartelle) auf, gleichzeitig empfahl er aber diese Monopole bloss zu kontrollieren und sie zur Lenkung der Wirtschaft zu benutzen. Er ignorierte dabei, dass der Staat selbst ein Organ der Monopole ist und dass er sie deshalb nicht kontrollieren kann.

Hejda's Perspektive der Transformation des Kapitalismus war also in Wirklichkeit eine Perspektive des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Praxis bestätigte jedoch keineswegs Hejda's Optimismus hinsichtlich der Entwicklung des Kapitalismus. Die Krise der Jahre 1929—33 wurde auch zum Ausgangspunkt des II. Weltkrieges der die weitere Schwächung des Kapitalismus zur Folge hatte.

Die Agrartheoretiker sahen den Kern der Krise in der Agrarkrise, die sie als die „Urkrise“ bezeichneten. In ihren Ansichten hinsichtlich der Überwindung der Krise sind jedoch zwei Richtungen zu unterscheiden, denen auch zwei Etappen der Antikrisen-Politik der Agrarpartei als der stärksten bürgerlichen Partei in der kapitalistischen Tschechoslowakei entsprachen.

Die Richtung ihres Agrarexperten Brdlik betonte die Ausgleichung der Disparität zwischen den Industrie- und den Agrarpreisen (die letzteren sanken nämlich während der Krise mehr als die Preise der Agrarprodukte). Deshalb verlangte er eine durchgreifende Kostensenkung einschliesslich der Löhne. Gleichzeitig lehnte er alle Sozialprogramme ab, die er als derzeit untragbar betrachtete.

Brdlik's Programm wurde zuerst von der Agrarpartei mehr oder weniger offiziell angenommen. Es entstand aber auch sofort eine starke Opposition in der Partei dagegen, die auch in das offizielle Parteiorgan — Venkov — übertragen wurde. Die Ursache dieser Opposition lag darin, dass Brdlik's Programm keine Erleichterung der verschuldeten Landwirtschaft brachte. Es entsprach wesentlich den Interessen des starken Agrarkapitals. Unter dem Druck der verschuldeten kleinen und mittleren Landwirte als auch vieler Gutbesitzer sah sich die Agrarpartei gezwungen zu solchen Forderungen überzugehen, die die Schuldenlast abschwächen und ausserdem die Agrarpreise erhöhen konnte. Für diese Pläne fand die Agrarpartei in der Politik der Roosevelt Administration in den USA und in der gelenkten Wirtschaft Nazideutschlands ihr Vorbild. Im ganzen rief die Agrarpartei in Venkov dauernd nach einer Inflationspolitik. Deswegen unterstützte sie auch beide Devaluationen (in den Jahren 1934 und in 1936), von denen sie sich Preiserhöhungen und daruch auch reale Schuldenentlastung versprach. Für ihre Inflationsanforderungen wählte sie jedoch einen eufemistischen Namen — Reflation.

Es besteht eine grosse Übereinstimmung zwischen dem Programm der Agrartheoretiker und den Anforderungen der Sozialdemokraten. Beide treten für reichlichen und billigen Kredit ein, als auch für Investitionen, die durch inflatorischen Kredit finanziert sein sollen. Beide sind für ausgedehnte Staatsintervention. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch darin: die Sozialdemokraten bezeichneten ihr Programm als einen Weg zum Sozialismus. Die Agrartheoretiker verspotteten diese Behauptung und sahen darin bloss eine Reform des Kapitalismus.

Man kann sagen, dass sich in der Antikrisenpolitik der bürgerlichen Tschechoslowakei zwei Richtungen gestaltet haben: die Deflationsrichtung, die mit Engli's Namen verknüpft war, und die Inflationsrichtung, dessen Propheten die Sozialdemokraten und die Agrartheoretiker waren.

Engli leitete die Deflationspolitik aus der Theorie der Golddeflation ab. Diese Theorie wurde von anderen bürgerlichen Theoretikern abgelehnt. Die bürgerliche Praxis akzeptierte jedoch die daraus hervorgehenden Folgen und zwar aus diesen Gründen:

1. Die Deflationstheorie führte in der Praxis zu bestimmten Rezepten für die bürgerliche Krisenbekämpfung — d. h. zu Kostensenkungen einschliesslich der Löhne — und dadurch zur Erhöhung der Ausbeutung.
2. Sie führte zur Festigung der Macht des Finanzkapitals, denn die Deflations-

politik trug zur Konzentration des Kapitals bei. Das passte besonders der „Zivnobanka“.

3. Die Deflationspolitik bedeutete ziemlich hohen Zins, der dem Finanzkapital zugute kam, wenn er dem Staate teuren Kredit gewährte.

4. Es bestand auch ein bestimmter Konservatismus und Misstrauen zu währungspolitischen Operationen jeder Art auf Grund der Erfahrungen mit der Nachkriegsinflation in Österreich und in Deutschland. Deswegen war der Glaube an die Goldwährung vorherrschend und auf dem Fortbestand der Goldwährung hatte Engliš seine Theorie aufgebaut.

Aber es gab auch einen anderen Grund für die Ablehnung der Inflationsrichtung. Seine Fürsprecher aus den Reihen der Rechtssozialisten glaubten an eine automatische Regeneration des Kapitalismus nicht mehr und verlangten eine ausgedehnte wirtschaftliche Intervention des Staates, die sie auch als einen Übergang zum Sozialismus bezeichneten. Damit wollten sie zugleich den Klassenkampf und die Revolutionslaunen der Arbeiterklasse dämpfen.

Die führenden Gruppen des Finanzkapitals hatten jedoch ihren Glauben an automatische Lebensfähigkeit des Kapitalismus nicht verloren. Sie glaubten vor allen Dingen an das Privatunternehmen. Sie wandten sich nicht gegen die Wirtschaftintervention des Staates überhaupt. Sie wünschten aber keine dauernden Eingriffe, die das Privatunternehmen ersetzen sollten. Dabei stellten sie der sozialdemokratischen Demagogie ihre eigene Demagogie gegenüber. Obgleich das Finanzkapital selbst der demokratischen Verfassung der Republik ein Ende bereiten wollte, obgleich er für eine antidemokratische standische Verfassung intrat, bezeichnete er alle Versuche um permanente Eingriffe des Staates in die Wirtschaft als Einschränkung der Demokratie und nahm die Pose ihres Beschützers an.

Die kommunistische Partei bekämpfte alle diese Richtungen. Ihre Aufgabe war es inmitten der allgemeinen theoretischen Verwirrung vor allen Dingen die objektive Notwendigkeit der Krisen im Kapitalismus zu beweisen und gleichzeitig auch die spezifische Notwendigkeit der Tiefe der Krise der Jahre 1929–33. Die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei bewies ununterbrochen, dass die Bourgeoisie nur einen Ausweg aus der Krise kennt — auf Kosten der Arbeiterklasse. Deswegen erklärte sie den Arbeitern ununterbrochen, dass die Krise eine Etappe des verschärften Klassenkampfes ist. Sie zeigte auch, wo die Mittel zur Krisenbekämpfung zu nehmen sind — nämlich bei den Wohlhabenden. Ihre Politik war also revolutionär auch wenn sie auf Möglichkeiten der Krisenbekämpfung oder ihrer Milderung im Rahmen des Kapitalismus abgezielt war.